



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement (EJPD)  
Bundesamt für Polizei (fedpol)  
Nussbaumstrasse 29  
3003 Bern

**Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/977 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rats (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2023 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/977 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rats (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands), Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat begrüsst die Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/977, schlägt jedoch betreffend Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe h des Bundesgesetzes über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten (Schengen-Informationsaustauschgesetz [SlaG]; SR 362.2) folgende redaktionelle Änderung vor (positive Formulierung):

«Der Informationsaustausch wird abgelehnt, wenn sich das Ersuchen auf ein Verbrechen oder Vergehen bezieht, das mit einer Freiheitsstrafe von höchstens einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht ist.»

Im Weiteren ist unseres Erachtens zu prüfen:

- ob der Bund nicht via «POLAP international» direkten Zugriff erhalten wird, so dass der «Umweg» über die einzelnen Kantone entfallen könnte;
- ob die Fristen zur Beantwortung der ausländischen Anfragen via SPOC allenfalls verlängert werden können;
- ob der SPOC (EAZ fedpol) Anfragen, die nicht in deutscher (bzw. Landes-) Sprache eingehen, vor einer Weiterleitung an die betreffenden Kantone übersetzen kann bzw. muss.

Im Übrigen verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 1. März 2024



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Urs Janett

Der Kanzleidirektor

Roman Balli